



## **Aufbau Ost: Ostdeutsche Spitzenverbände fordern ein „Investitionsvorranggesetz“ für den Osten**

### **Ostdeutschland muss Vorreiterrolle beim Bürokratieabbau einnehmen**

Die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft haben die Bundesregierung aufgefordert, mit einem Investitionsvorranggesetz Ost, welches den neuen Ländern in bestimmten Bereichen Abweichungen von der Bundesgesetzgebung ermöglicht, unverzüglich Konsequenzen aus der Kritik am Aufbau Ost zu ziehen. Ziel eines solchen Gesetzes müsse es sein, zu einer deutlichen Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren vor allem im Umwelt-, Planungs- und Baubereich zu kommen. Der Osten müsse hier eine Vorreiterrolle bekommen.

Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW), Dr. Andreas Winkler sagte dazu: „Ein ähnliches Gesetz für den Ausbau der Infrastruktur haben wir in den 90er Jahren mit dem Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz für den Osten eingeführt. Dieses Gesetz hat ganz maßgeblich den raschen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland in den letzten 14 Jahren ermöglicht. Obwohl diese positive Wirkung auch durch einen Bericht der Bundesregierung bestätigt wird und durch eine Bundesratsinitiative eine Verlängerung des Gesetzes angestrebt wird, hat der Verkehrsausschuss des Bundestages keine Verlängerung des Gesetzes über 2004 empfohlen. Hier fordern wir ein Umdenken aller Beteiligten.“

In der Diskussion um die Förderung von sogenannten ‚Wachstumskernen‘ halten auch die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft eine herausgehobene Förderung von regionalen Branchenschwerpunkten für wünschenswert, warnen aber davor, bewährte Förderinstrumente bei dieser Gelegenheit gleich ‚mit über Bord‘ zu werfen.

VSW-Hauptgeschäftsführer Winkler: „Wegen der verschärften Konkurrenzsituation zu den Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa bleibt eine attraktive Investitionsförderung in den nächsten Jahren außerordentlich wichtig. Sie ermöglicht auch für große Investitionsvorhaben in Ostdeutschland eine echte Alternative zu den Beitrittsstaaten.

**Pressemitteilung**

**Vereinigung der Sächsischen  
Wirtschaft e.V. (VSW)**

**Hausanschrift**  
Washingtonstraße 16/16 A  
01139 Dresden

**Postanschrift**  
PF 300 200  
01131 Dresden

**Kontakte**  
Sandra Jäschke  
Pressesprecherin  
Tel.: (03 51) 2 55 93 28  
Fax: (03 51) 2 55 93 77

Dieses Instrument regional zu begrenzen oder nur noch durch eine Stelle verteilen zu lassen, wäre neuer Zentralismus und eine Absage an die regionale Wirtschaftspolitik. Auch in Zukunft müssen Großinvestitionen außerhalb von Ballungszentren förderfähig sein, da sie häufig einer ganzen Wirtschaftsregion erst eine Perspektive geben“.

Die Spitzenverbände fordern zudem, dass beim Aufbau Ost in Zukunft der gezielten Förderung von Investitionen und Infrastrukturausbau Vorrang gegenüber den konsumtiven, überwiegend sozialpolitisch motivierten Ausgaben einräumt.

VSW-Hauptgeschäftsführer Winkler: „Von den Transfers von West nach Ost in Höhe von jährlich 83 Milliarden Euro werden weniger als 5 Prozent (4 Mrd. Euro) für die beiden wichtigste Fördermaßnahmen, Investitionszuschüsse nach der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA-Mittel) und Investitionszulage, verwendet. Über 45 Prozent der Mittel entfallen auf sozialpolitisch motivierte Leistungen, wie der Absicherung von Arbeitslosigkeit und der Finanzierung von Rentenausgaben. Dieses Missverhältnis müssen wir in Zukunft ändern. Deshalb fordern wir hier einen Kurswechsel und einen Kontrollmechanismus, der sicherstellt, dass in Zukunft die Solidarpaktmittel tatsächlich auch investiv verwendet werden“.

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. (VUMV)

Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW)

Landesvereinigung der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V. (LVSA)

Verband der Wirtschaft Thüringens e.V. (VWT)